

## Thesen zur Formulierung und Gestaltung einer deutschen feministischen Außenpolitik

### *Definition und Grundsätze*

Feministische Außenpolitik (Feminist Foreign Policy, FFP) verfolgt das Ziel, „Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit [zu] stärken und gesellschaftliche Diversität [zu] fördern“, wie der Koalitionsvertrag der Bundesregierung festhält. Wichtige Referenzen bilden die UN-Resolution 1325 aus dem Jahre 2000 sowie die Politik der schwedischen Regierung, die 2014 ein entsprechendes Programm zur politischen Strategie erhob.

Zentraler Bezugspunkt einer ganzheitlich verstandenen feministischen Außenpolitik ist das Individuum, im Sinne der „Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“ (Annalena Baerbock). Damit leuchtet FFP individuelle Lebenswelten mit ihren geschlechterspezifischen Determinanten und Zusammenhängen aus, die bislang „blinde Flecken“ waren. Das Sichtbarmachen des bislang nicht Gesehenen gehört zu den Grundanliegen. Zugleich setzt feministische Außenpolitik auf die Entwicklungsfähigkeit und Veränderbarkeit sozialer Systeme. Erst deren evolutionäre Verbesserung wird auch die Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums, namentlich der Frauen stärken. Hierfür gilt es, internationale Benchmarks und konkrete Handlungsstrategien zu entwickeln. Grundlage ist ein menschenrechtsbasierter Universalismus, dessen Prinzipien „weltweit“ Gültigkeit beanspruchen können und sollen. FFP ist daher auch ein Produkt der Globalisierung und der Erfahrung einer weltweiten Interkonnektivität. Sie entspringt deren kommunikativen Möglichkeiten ebenso wie der Einsicht in die Krisenhaftigkeit und Fragilität der internationalen Ordnung seit den 1990er Jahren.

### *Historisch informieren – Problembewusstsein stärken*

Feministische Außenpolitik beruht auf allgemeinen und unteilbaren Werten wie individueller Freiheit, Demokratie und Menschenrechten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen. Damit folgt sie den Spuren des klassischen modernen Emanzipationsversprechens, etwa im Sinne August Bebel, wonach die Stellung der Frau zusammenfällt „mit der Frage, welche Gestalt und Organisation die menschliche Gesellschaft sich geben muss, damit an Stelle von Unterdrückung, Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt.“ Die „Frauenfrage“ ist aus dieser Sicht „nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage“. Neu ist dagegen, dass die FFP diese Prinzipien konsequent auf die internationale Politik bezieht und sie hier konkret anzuwenden sucht. Auch dies ist nicht ohne historische Vorläufer: Feministinnen haben sich in aller Regel als Vertreterinnen einer international orientierten Bewegung verstanden, mit engen Bezügen zum Pazifismus und sozialistischen Internationalismus. Im Kern wurzelt feministische Außenpolitik in einer über Jahrhunderte hinweg geformten individualistischen Rechtskultur des „Westens“, in die auch die Gleichheit der Geschlechter inzwischen weitgehend eingeschrieben ist. Zugleich tendiert die Idee von der Gleichheit des Individuums aus sich selbst heraus zur Ausdehnung über Grenzen hinweg. Die Idee der Gleichheit wird somit selbst zur Bedingung ihrer Universalisierung (Niklas Luhmann).

Für eine historisch informierte und problembewusste feministische Außenpolitik ist dies Chance und Last zugleich. Einerseits ist offenkundig, welche universale Kraft und weltweite Attraktivität das Prinzip der Gleichheit ausübt. Nicht zuletzt die ungebrochenen Migrationsströme nach Europa zeugen davon. Andererseits hat eine „wertebasierte“ Außenpolitik in der jüngeren Vergangenheit auch erhebliche

Kritik auf sich gezogen. In einer Welt, die durch postkolonial fundierte Identitätsansprüche geprägt ist, kann der Aufbau internationaler Standards als illegitim betrachtet werden, weil sie nationale und regionale Traditionen, Politiken und Rechtssysteme in Frage stellen. Entsprechenden Herausforderungen wird sich jeder Anspruch auf eine „inklusive, intersektionale Außenpolitik“ (Tobias Lindner) zu stellen haben. Wohl in keinem Bereich sind interkulturelle Empfindlichkeiten so ausgeprägt wie in Bezug auf familiäre Zusammenhänge und Geschlechterordnungen. Auch „westlich“ orientierte Eliten sind in der internationalen Politik nicht immer in der Lage, den universalistischen Vorstellungen ihrer Kolleginnen und Kollegen zu folgen, weil sie durch heimische Restriktionen gebunden sind. Andere Widerstände kommen von Aktivistinnen, die dem feministischen Internationalismus essentialistische Vorstellungen von Weiblichkeit unterstellen, unter die dann konkrete Differenzen in Bezug auf Abstammung, Klasse, Sexualität etc. subsumiert würden (Martha Nussbaum).

Entsprechende Kritiken an „Eurozentrismus“ und „Okzidentalismus“ (Ian Buruma u. Avishai Margalit) sind weit verbreitet und treffen den Kern des westlichen Selbstverständnisses. Konzeptionell müssen sie stets mitbedacht werden. Schematische Vorgehensweisen verbieten sich; operative Ansätze können schnell dilemmatisch werden: Sie müssen die jeweils gegebenen, historisch gewachsenen und kulturellen Bedingungen systematisch erkunden und berücksichtigen. Um Wirkung zu erzielen und Enttäuschungen vorzubeugen, muss sich FFP aber auch zu ihrer universalen Normativität bekennen und daher gegebenenfalls ausreichend „robust“ agieren. Das Beispiel des gescheiterten NATO-Einsatzes in Afghanistan, zu dessen Stabilisierungszielen es gehörte, die Chancen und Perspektiven für Frauen und Mädchen langfristig zu stärken, ist in dieser Hinsicht ein warnendes Beispiel.

#### *(Nationale) Sicherheitspolitik und Sicherheitsstrategie*

Feministische Außenpolitik steht in der Tradition eines Denkens, das einen qualitativen Sicherheitsbegriff zugrunde legt. In ihm geht es nicht nur um die Kategorien des klassischen (Neo-) Realismus wie militärische, machtpolitische und ökonomische Interessen und Sicherheitsbedarfe. Vielmehr werden in die sicherheitspolitische Gesamtrechnung weitere bedeutsame Faktoren einbezogen wie natürliche Ressourcen und ihr Management, Migrationsbewegungen, Probleme des Gesundheits- und Sanitätswesens sowie kulturelle Aspekte wie Wissenschaft und Bildung. Sie alle werden zu Faktoren in einem Konzept, das auf Ganzheitlichkeit, Kommunikation und Reziprozität beruht. Aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine sehen wir zwar gegenwärtig, dass eine nationale Sicherheitsstrategie auf klassische Instrumente der nationalen Verteidigungs- und internationalen Bündnisfähigkeit nicht verzichten kann. Utopische Vorstellungen von einem Zustand absoluten und strukturell nicht mehr bedrohten Friedens sind keine Grundlage zielführender Handlungskonzepte. Langfristig-strategisch gedacht, ist aber der kulturell und qualitativ geweitete Sicherheitsbegriff unentbehrlich, um Krisenursachen zu erkennen, Vertrauen (neu) zu gewinnen und (neue) Stabilität zu schaffen.

Frauen und ihrer politisch-gesellschaftlichen Situation kommt in einer solchen Strategie auf allen Ebenen herausragende Bedeutung zu. Ihre aktive Mitwirkung an sicherheitspolitischen Prozessen ist unbedingt zu fördern, sei es in politischen Ämtern und Mandaten oder in NGOs und in der Zivilgesellschaft. Von den Einwirkungen durch Krieg und Gewalt spezifisch betroffen, stehen Frauen zugleich den Ereignissen oft als übermäßig vulnerable Gruppe gegenüber. Zurückdrängung, politische Ächtung und Bekämpfung von Gewalt sind daher ebenso Mittel der Wahl wie der nachhaltige Aufbau von Schutzeinrichtungen und -mechanismen. Eine feministische Außenpolitik wird die konkreten Lebenswelten und -chancen von Frauen mit einkalkulieren. Sie wird bestehende Familienstrukturen und Geschlechterordnungen nicht schematisch-abstrakt infrage stellen, sie aber konsequent auf die Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen befragen. Von überragender Bedeutung ist, dass Frauen

angstfrei agieren können. Dies sollte mehr als bisher auch in Einrichtungen und Lebensformen geschehen, die eigentlich als transitorisch oder provisorisch gelten. Zu denken ist dabei vor allem an Flüchtlingslager und Aufnahmeeinrichtungen für Migrantinnen und Migranten.

### *Regionale Konflikte und Klimawandel*

Gewalt und die Einschränkung der Lebenschancen von Frauen sind häufig das Resultat von regionalen Konflikten. Im Zeitalter der Globalisierung ist die Zahl der Terroranschläge, Bürgerkriege, asymmetrischen Kriege und anderer gewaltsamer Auseinandersetzungen massiv angestiegen und hat zur Erhöhung der weltweiten Flüchtlingszahlen beigetragen. Ziel deutscher Außenpolitik ist es, zusammen mit den Bündnispartnern in EU und NATO als „Friedensmacht“ aufzutreten. Hierzu gehört die Anwendung ziviler, gegebenenfalls auch militärischer Mittel, um Handlungsmacht zu bilden und Konflikte zu reduzieren bzw. zu verhüten. Sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische, vor allem aber auch kulturell gegenläufige (s.o.) Aspekte werden dabei regelmäßig mit einkalkuliert. Eine feministische Außenpolitik bezieht Frauen bei der Suche nach konfliktreduzierenden Maßnahmen systematisch mit ein und berücksichtigt, dass sie Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen anders erfahren als Männer und gegenüber ihren Folgen besonders exponiert sind.

Künftig ist damit zu rechnen, dass der kaum aufzuhaltende Klimawandel gerade in den Krisengebieten des Globalen Südens lokal, regional und national konfliktverschärfend wirken wird. Auch im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels werden sich weibliche Erfahrungshorizonte von männlichen deutlich unterscheiden. Geringere Mobilität, familiäre Verantwortung, höhere Ansprüche bzw. Restriktionen aus dem sozialen Umfeld können die Handlungsmacht von Frauen im Krisenverlauf einschränken und damit ihre Vulnerabilität weiter steigern. Für eine nachhaltig orientierte feministische Außenpolitik ist es daher entscheidend, im Sinne ihres ganzheitlichen Ansatzes Modi eines ressourcenbewussten Konfliktaustrags zu entwickeln und operativ zur Geltung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund ist FFP gut beraten, die alltäglichen Erfahrungen und Sorgen von Frauen in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Allerdings wird sie es vermeiden, Frauen auf bestimmte essentialisierte Rollen festzulegen wie etwa auf ihre (alleinige) Verantwortung für Nahrungszubereitung, Kinderaufzucht etc. Konsequenterweise vom Individuum her gedacht, sucht feministische Außenpolitik die Bedingungen der Frauen für ihr individuelles *pursuit of happiness* zu verbessern.

Gez. München, 8. August 2022

Prof. Dr. Andreas Wirsching  
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin  
Leonrodstrasse 46 b  
D-80636 München  
Telefon: +49-(0)89-1 26 88-152  
Telefax: +49-(0)89-1 26 88-200  
eMail: [wirsching@ifz-muenchen.de](mailto:wirsching@ifz-muenchen.de)